



## **Katja Keul**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

### **Verlängerung der Stabilitätshilfe für Griechenland**

Worüber wir am 27.02.15 im Bundestag abgestimmt haben und warum ich dem zugestimmt habe:

Entgegen vieler Verlautbarungen in den Medien ging es letzten Freitag im Bundestag nicht um die Bewilligung neuer Kredite, sondern um die Bereitstellungsfrist für die letzte Tranche in Höhe von 1,8 Mrd. Euro aus dem EFSF-Programm (Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität ist ein wichtiger Bestandteil des Euro-Rettungsschirms – durch den EU-Staaten für Kredite an die in Finanznot geratenen Mitgliedsstaaten bürden).

Bereits im Jahr 2010 hatte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen entschieden, Griechenland über dieses Programm einen Gesamtkreditrahmen in Höhe von 144 Mrd. Euro zur Verfügung zu stellen.

Wir Abgeordnete haben jetzt entschieden, die Bereitstellungsfrist für diese letzte Tranche um 4 Monate bis zum 30. Juni 2015 zu verlängern, um einen ordnungsgemäßen Abschluss der Programmüberprüfung zu ermöglichen.

Ich gehe allerdings auch davon aus, dass bis dahin über ein entsprechendes Anschlussprogramm zu entscheiden sein wird.

Bislang sind keinerlei deutsche Steuergelder nach Griechenland geflossen. Aus den bilateralen Krediten aus dem Jahr 2010 hat Deutschland bis 2014 Zinseinnahmen von insgesamt 360 Mio. Euro erzielt. Da durch die Eurokrise das Zinsniveau für deutsche

Staatsanleihen so niedrig ist wie nie zuvor, hat der Bund zwischen 2010 und 2014 rund 41 Milliarden Euro eingespart. So beruht der ausgeglichene Bundeshaushalt, für den die GroKo sich so lobt, nicht zuletzt auf der Krise unserer europäischen Nachbarn!

Der größte Teil der 230 Mrd. Euro, die Griechenland von internationalen Geldgebern insgesamt erhalten hat, diente dazu, Altschulden abzulösen und Zinsen zu zahlen. Es handelt sich also im Prinzip um eine Umschuldung im großen Stil: an die Stelle privater Geldgeber sind nunmehr europäische Gläubiger getreten.

27 Mrd. Euro sind tatsächlich für laufende Staatsausgaben, wie bspw. Pensionen oder Schulen, verwendet worden.

Griechenland hat seit 2010 enorme Einsparleistungen im öffentlichen Sektor erbracht und tatsächlich einen sogenannten Primärüberschuss erwirtschaftet. Das bedeutet, dass Griechenland ohne Berücksichtigung seines Schuldenstandes nicht mehr ausgibt, als es einnimmt. Zuletzt ist auch der Gesamtschuldenstand um 2 Mrd. auf 315 Mrd. Euro zurückgegangen.

Damit Griechenland wieder auf die Beine kommt, braucht es aber auch Investitionen. Man darf es also auch nicht übertreiben mit dem Sparprogramm, da nicht nur die Wirtschaft Luft zum Atmen braucht, sondern auch die Menschen die Hoffnung nicht verlieren dürfen.

Die Wahlen haben deutlich gemacht, dass die Griechen nicht mehr bereit sind, sich von den alten Eliten regieren zu lassen, die durch Korruption und schlechtes Regieren das Land in diese Krise geritten haben.

Die neue Regierung hat sich vorgenommen, endlich die Besteuerung der Reichen durchzusetzen und eine funktionsfähige Steuerverwaltung aufzubauen. Diese Chance sollten wir der neuen Regierung gewähren. Und deswegen habe ich der Verlängerung der Bereitstellungsfrist für die letzte Tranche aus dem ESFS Programm zugestimmt.

Ein letztes Wort zum Abstimmungsverhalten der Großen Koalition:

Von 504 Abgeordneten der Koalition haben überhaupt nur 472 an der Abstimmung teilgenommen. 29 haben mit nein gestimmt, 3 haben sich enthalten und 32 waren schlicht nicht anwesend! Gerade in den rechten

Reihen hat der Populismus erhebliche Lücken gerissen, die die AFD gerne füllen würde.

Wir Grüne haben geschlossen mit Ja gestimmt.